

Biebricher Tagespost

Biebricher Zeitung

Biebricher Neueste Nachrichten.

Biebricher Tagblatt.

Biebricher Lokal-Anzeiger.

Erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. — Bezugspreis: durch die Postanstalten im Haus gebracht 1 Mk. monatlich, Bezugslohn, für 6 Nummern gültig, 20 A. Wagon Postbezug näheres bei jedem Postamt.

Amtliches Organ der Stadt Biebrich

Anzeigenpreis: Die einsp. Colonelgrundzeile 25 A. Bei Wiederholungen Rabatt. Platz- u. Tagesanzeigen ohne Verbindlichkeit. Verantwortlich für den redaktionellen Teil Guido Seidler, für d. Reklame- u. Anzeigenenteil Louis für den Druck und Verlag Paul Jorisch, in Biebrich.

Rotations-Druck u. Verlag: Guido Seidler vorm. Hofmannsche Buchdruckerei.

Gernsprecher 41. — Redaktion und Expedition: Biebrich, Rathausstraße 16.

Nr 293

Montag, den 16. Dezember 1918.

Postfachkonto
Frankfurt (Main) Nr. 10114.

57. Jahrgang.

Die Verlängerung des Waffenstillstandes.

Wien, 14. Dezember. Zu den Verhandlungen über die Verlängerung des Waffenstillstandes war Marichall Joch im Sonberzuge aus seinem Hauptquartier nach Trier gekommen, und zwar in Begleitung seines Generalstabschefs Wengand und des ersten englischen Seelords Bembey. Die Besprechungen fanden in demselben Hotel statt, in welchem der Waffenstillstand im Walde von Compiegne abgeschlossen war. Von deutscher Seite nahmen an den Besprechungen Staatssekretär Erzberger, Generaloberst Graf Oberndorf, Generalmajor v. Winterfeldt und Kapitän Danclow teil.

Marichall Joch eröffnete die Verhandlungen mit der Bemerkung, der einzige Gegenstand der Tagesordnung sei die Verlängerung des Waffenstillstandes. Dann ließ er durch seinen Generalstabschef eine Note übergeben, worin Verträge, die bei Ausführung des Waffenstillstandes von deutscher Seite vorgenommen sein sollten, aufgeführt waren. Staatssekretär Erzberger erklärte, er werde diese Note, wenn möglich, noch heute schriftlich beantworten.

Staatssekretär Erzberger gab hierauf vom deutschen Standpunkte eine Uebersicht über die Durchführung des Waffenstillstandes. Marichall Joch erwiderte, er sei bereit, unter gewissen Bedingungen den Waffenstillstand um einen Monat zu verlängern. Er bittet um Antwort innerhalb 14 Stunden.

Die Darlegungen des Staatssekretärs Erzberger über die deutsche Auffassung von der

Durchführung des Waffenstillstandes

Meine Herren! Ein Rückblick auf die seit dem Abschluss des Waffenstillstandes vergangenen Wochen zeigt, daß die deutsche Regierung die übernommenen Verpflichtungen loyal ausgeführt hat. Die Absicht unserer Gegner war, sich durch die Bedingungen des Waffenstillstandes die Verführung zu verschaffen, daß Deutschland außer Stand gesetzt würde, nach Ablauf einer Kassezeit den Krieg neu zu eröffnen. Die Erfüllung der Bedingungen hat die Verwirklichung dieser Absichten verhindert. Um keine Verführung zum Frieden zu kommen, noch deutlicher zu formulieren, hat Deutschland bereits mit der Demobilisierung seiner Streitkräfte begonnen. Unsere Armee ist trotz außerordentlicher Schwierigkeiten in dem angelegten kurzen Zeitraum hinter den Rhein zurückgenommen worden und befindet sich auf dem Heimweg. Das Kriegsmaterial ist in dem verlangten Umfang überlassen worden. Geringfügige Differenzen werden von der ständigen Waffenstillstandskommission aufgelöst. Die Pläne über Seeminen und Sprengvorrichtungen in den von den deutschen Truppen geräumten Gebieten sind ihnen ausgeliefert. Ebenso haben Sie die Minenarten der in See gelegenen Sperrnetze erhalten. Der Abrücktransport der Kriegsgefangenen im Wirbel der deutschen Revolutionen dahin geführt, daß Unordnung dabei nicht vermieden werden konnte. Die Zivilisierten sind bereits heimgeführt. Allen Forderungen in Bezug auf die Stellung von Hilfspersonal für die Vernehmlichungen und auf das Weiterarbeiten deutscher Beamten in den besetzten Gebieten ist entsprochen worden.

Der Rückzug der deutschen Truppen aus den Ostländern vollzieht sich. Die Bedingungen auf finanziellen Gebiet sind zum Teil erfüllt, zum Teil in der Ausführung. Die Internierung der gesamten Flotten einheiten und die Ueberführung der versenkungsbereiten 11 Boote nach Harwich ist ausgeführt. Die Abgabe der von alliierten und assoziierten Mächte gehörenden Handelschiffe ist im Gange. Der Weg in die Olfite ist freigegeben. Die Gefolge am Olficeingang sind demarshiert. Sämtliche Flugzeugtruppen des Meeres und der Marine sind kontrolliert gefesselt und mit der zugehörigen Ausrüstung einiger Verlehrsflugzeuge abgeführt.

Im Schwarzen Meer und in Belgien ist das von den Deutschen benutzte Material in die Verfügung der Alliierten übergegangen. Die verlangten Mitteilungen an die neutralen Regierungen über die Aufhebung der Einfuhrbeschränkungen im Handelsverkehr und die Renkung der Seewege sind erfolgt. Der Uebergang deutscher Handelschiffe an eine andere Flagge ist nach Abschluss des Waffenstillstandes verboten worden.

Alle deutschen Behörden waren trotz der naturgemäßen Erschöpfung, trotz der großen Mühen eifrig bemüht, die auferlegten Bedingungen zu erfüllen. Schon im Walde von Compiegne habe ich Ihnen jedoch erklären müssen, daß Sie etwas Unmögliches verlangen, wenn Sie gleichzeitig mit der Rückführung der Armee, der Heimführung der Kriegsgefangenen und der Räumung der Gebiete bis zum Rhein die Auslieferung von 6000 Lokomotiven und 150 000 Eisenbahnwagen beanspruchen. Selbstverständlich hat sich die Regierung auf das Äußerste angestrengt, um auch die Forderung gerecht zu werden. Ich habe aber nicht unterlassen, bei dieser Gelegenheit darauf hinzuweisen, daß die an sich harten Bedingungen schon bei der Ausführung dadurch von Ihnen verschärft worden sind, daß über die innerhalb des Waffenstillstandes gestellten Bedingungen hinaus Einzelheiten beantragt wurden, die außerordentlich zeitraubend sein mußten, und daß außerdem Ihre Abnahmecommissionen nicht frühzeitig genug arbeitsbereit waren.

Während ich so in der Lage bin darzulegen, daß Deutschland alles getan hat, was in seinen Kräften stand, um Ihren Forderungen gerecht zu werden und dadurch dem Frieden schnell nahe zu kommen, muß ich, zu meinem Bedauern sagen, daß Ihre Organe in den letzten

Wortlaut der Waffenstillstandsbedingungen Verhandlungen

haben, die über das Ziel, Deutschland wehrlos zu machen, weit hinaus gegangen sind. Trotz des Artikels 6 des Waffenstillstandsvertrages, in dem Sie uns ausdrücklich die Zulage gaben, daß in den geräumten Gebieten die Fortführung von Einwohnern unterlagt sei und dem Eigentum der Einwohner kein Schaden oder Nachteil zugefügt werde, haben in Olf-Verträgen Verlehrsungen und Einweisungen stattgefunden, und es wird dem Eigentum der Einwohner Nachteil zugefügt. Trotzdem im Artikel 26 gesagt war, die Abgabe bleibt im gegenseitigen Umfang bestehen, ist die Ueberführung Deutschlands dadurch verschärft worden, daß der Verkehr mit den neutralen Nachbarstaaten noch weiter eingeengt wurde, als dieses im Kriegsfall war. Eine weitere Entscheidung geht dahin, das deutsche Gebiet durch Einweisung in die Internierung von dem nichtbesetzten Deutschland zu trennen. Dieses widerspricht nicht nur dem Artikel 6, letzter Absatz, und Artikel 26 des Waffenstillstandsvertrages, sondern auch den Bedingungen im Walde von Compiegne. Ich gebe aber auch der Hoffnung Ausdruck, daß die letzten Verhandlungen dazu führen werden, daß un-

beschadet der Kontrolle der alliierten und assoziierten Mächte volle Verkehrsfreiheit zwischen dem besetzten deutschen Gebiet und den übrigen Teilen Deutschlands gewährleistet wird. Mit tiefem Bedauern muß ich ferner feststellen, daß die wertvolle Zulage, die im Walde von Compiegne durch einen Vertrag vom Artikel 26 die außerordentliche Härte der Waffenstillstandsbedingungen mildernde, bisher nicht eingereicht ist. Dieser Vertrag lautet:

Die Alliierten und die Vereinigten Staaten nehmen in Aussicht, während der Dauer des Waffenstillstandes Deutschland in dem als notwendig erkannten Maße

mit Lebensmitteln zu versorgen.

Deutschland steht in kürzester Zeit vor der Erschöpfung der für die Verteilung an die Bevölkerung verfügbaren Lebensmittel. Sie sind sich selbst klar, welche Verantwortung Sie durch eine weitere Verzögerung der Lebensmittelzufuhr auf sich laden. Ich verleihe darauf, im einzelnen auszuführen, daß die Bedingungen des Waffenstillstandsabkommens von Ihrer Seite aus durch eine für Deutschland ungünstige Auslegung und durch militärische Zulage verschärft worden sind. Es seien nur erwähnt, die schon getriebenen Verlehrsungen auf das Eisenbahnmateriale, die Forderung, rechtskräftig verurteilte Priester auszuscheiden, die Eingriffe in das Verkehrsnetz der besetzten Gebiete und die Gefangennahme der auf ihren Vorstoß zurückgelassenen Kranken und Verwundeten. Deutschland hat auch das auf sich genommen, weil es zum Frieden kommen will.

Meine Herren! Wir stehen vor dem

Verlängerung des Waffenstillstandes.

die hoffentlich recht bald zu einem dauernden Friedensfrieden führt, um den hart geprüften Völkern die Ruhe und damit die Möglichkeit der Gesundung zu bringen. Ich hoffe, daß Sie meinen Wunsch teilen, daß der Frieden nicht eine Stunde später geschlossen wird, als es geschehen kann. Bis zum Frieden bleibt aber noch eine Uebergangszeit. Ich spreche heute den Wunsch aus, daß in dieser Uebergangszeit der Lasten Rechnung getragen wird, daß das deutsche Volk mit seinen 64 Millionen Köpfen sich durch die Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen vollkommen in Ihre Hände gegeben hat. Können Sie die Frauen und Kinder nicht lange hungern. Wir wissen, daß Sie in der Lage sind zu helfen, wenn Sie wollen. Nehmen Sie dem Arbeiter nicht mehr durch die Fortsetzung einer jetzt völlig unnötigen Blockade die Möglichkeit, in friedlicher Tätigkeit sein Brot zu verdienen. Sie setzen sich sonst vor dem Urteil der Geschichte dem Vorwurf aus, daß nicht lediglich Kriegsnöten die Handeln geführt hat. Erklären Sie sich nunmehr auch bereit, daß die in Ihrer Hand befindlichen Kriegsgefangenen im Interesse der Menschlichkeit baldigst ihren Familien zurückgegeben werden.

Meine Herren! Wir nähern uns dem Weihnachtsfeste, dem Feste des Friedens. Die letzte nach der tiefgreifenden Umwälzung geschiedene deutsche Regierung hat wiederholt seit der Unterzeichnung des Waffenstillstandes um sofortige Aufnahme der Verhandlungen über einen Präliminarfrieden erlucht, ohne eine Antwort von den Alliierten zu erhalten. Ich stelle heute im Auftrage dieser Regierung erneut dies Verlangen und bitte um baldige Ort- und Zeitbestimmung. Möge der vernehmliche Geist des Weihnachtsfestes unsere Arbeiten leiten, so daß wir schnell zum Ziele kommen: Frieden auf Erden!

Tages-Rundschau.

Der Empfang Wilsons.

Paris meldet aus Brüssel: Nach den an Bord des „George Washington“ vorgenommenen Vorlesungen bewillkommene Wilson den Präsidenten Wilson im Namen der französischen Regierung. Er führte insbesondere aus: Wir begrüßen in Ihnen das Oberhaupt der großen amerikanischen Nation, die im Krieg der von uns gemeinsam verteidigten Sache entscheidende Dienste geleistet hat und die viele Dienste auch im Frieden leisten wird. Ganz Frankreich schließt sich an, Ihnen zuzujubeln. Wir sind glücklich, Ihnen bei Ihrer Ankunft die Gefühle des Vertrauens und der Dankbarkeit auszudrücken zu dürfen, die das ganze Land befehen. Wilson dankte und führte aus, daß er es als eine Vergünstigung betrachte, in Frankreich an der Aufstellung eines Friedens mitarbeiten zu dürfen, der in der ganzen Welt die Entwicklung des Fortschrittes ermöglichen werde. Der Präsident bemerkte weiter, daß die zwischen den beiden Ländern herrschende Freundschaft Frankreich als den gegebenen Punkt seiner Verbündeten erscheinen lasse. Er schloß mit den Worten: Wir werden den Ergebnissen des gemeinsamen Sieges die Weihe geben.

Wilson's Einzug in Paris.

Genf, 14. Dezember. Wie Paris meldet, fand der Einzug des Präsidenten Wilson in Paris unter der größten Begeisterung der Bevölkerung statt. Die Stadt war festlich. Die meisten Geschäfte und Werkstätten hatten geschlossen. Am Bahnhof wurde Wilson von Poincaré und Clemenceau begrüßt und unter Hochrufen der die Straßen füllenden Menschenmenge in den Palast des Prinzen Murat geleitet, wo Wilson Wohnung nimmt. Vor dem Palast niederholten sich die Jubilanten für Wilson. Auch Poincaré und Clemenceau wurden bei der Abfahrt lebhaft begrüßt.

Die 14 Punkte Wilsons so gut wie angenommen.

Amsterdam, 14. Dezember. Der Korrespondent der „Associated Press“ berichtet aus Brüssel über die Ankunft Wilsons: Das Programm Wilsons habe für die Konferenz den großen Vorteil, daß alle 14 Punkte mit Ausnahme der strikten Ausschaltung der Freiheit der Meere als positive Basis für alle Unterhandlungen schon angenommen seien. Im übrigen seien nach der Meinung des Präsidenten die 14 Punkte nicht nur von den freilebenden Ländern, sondern auch von den Neutralen angenommen. Der Korrespondent führt fort, er sei ermächtigt, zu erklären, daß der Völkervertrag eine notwendige Basis für jeden zu unternehmenden Schritt wäre. Die amerikanischen Abgeordneten wiesen auf die New Yorker Rede des Präsidenten hin, die mit Ausnahme von England, Frankreich, Italien und anderen Staaten als Grundlage für Verhandlungen angenommen wurde. In dieser Rede legte Wilson besonderen Nachdruck auf die Errichtung des Völkervertrages als eine der Hauptbedingungen des Friedensvertrages.

Wien, 14. Dezember. Die Wiener Gewerkschaftssetzung „Anteil“ vom 10. Dezember ist für gerechte Wiederherstellungsleistungen, protestiert aber scharf gegen die Verleumdung der

deutschen Republik, sowie gegen die Knebelung der deutschen Industrie und die Sklavereiforderungen der französischen Blätter. Das Blatt fordert die Erklärung, daß die Annexion des linken Rheinufers außer Frage steht. Es bringt nicht brachialig wird und warnt vor der Schaffung eines neuen Elaf-Vertrages in Tirol durch die Italiener.

Paris. Der „Matin“ schreibt: Die französische Flottille auf dem Rhein, deren erste Einheiten bereits unterwegs sind, wird unter dem Kommando eines Korvettenkapitäns stehen und in fünf Gruppen eingeteilt sein. Jede der Gruppen wird von einem Schiffsarzt kommandiert werden, dem ein Schiffsfähnrich beigegeben wird.

Eine lafonische Antwort des Marichall Joch. Der Arbeiter- und Soldatenrat Kreuznach hat in Trier angefragt, ob für die zur Zeit im besetzten Gebiet anfallenden Delegierten ungehindert Bewegung- und Verkehrsmöglichkeit gewährt werden, um an der Berliner Tagung der A. und S. Räte am 16. 12. teilnehmen zu können. Diese Frage wurde von der deutschen Waffenstillstandskommission an die oberste Heeresleitung der Alliierten weitergegeben. Marichall Joch hat darauf die lafonische Antwort erteilt, daß die alliierten Mächte die A. und S. Räte nicht anerkennen. (Vorwärts.)

Wien, 14. Dezember. In einer Rede in London sagte Lloyd George: Wir können nicht verlangen, daß Deutschland das, was es uns schuldig ist, sofort bezahlt. Die erste Schuld, die Deutschland zu begleichen haben wird, ist der Erlaß der Schäden, die es Frankreich und Belgien zugefügt.

Der deutsche Kronprinz. Der „Deutschen Zeitung“ wird von unrichtiger Seite mitgeteilt, daß der deutsche Kronprinz nach Ausbruch der Revolution beim Soldatenrat nachemander versucht habe, als Heerführer bei der Armee bleiben zu dürfen, ihm die seinem Alter entsprechende Stellung in der Armee zu belassen und schließlich als gemeiner Soldat bei der Truppe zu bleiben. Als alle diese Forderungen abgelehnt wurden, habe er geurteilt, sich dann als Privatist zu seiner Familie begeben zu dürfen. Erst als auch das abgelehnt wurde, habe er sich zur Flucht entschlossen.

Kronprinz Rupprecht über den Weltkrieg. Der „B. Z. am Mittag“ wird von besonderer Seite über die Haltung des Kronprinzen Rupprecht von Bayern während des Krieges unter anderem mitgeteilt: Kronprinz Rupprecht stand fast vom ersten Tage des Feldzuges an im militärischen und politischen Gegensatz zum Großen Hauptquartier. 1915 führte er bittere Klagen über Kaiserin, der in seiner Welle für Flugzeuge und schwere Geschütze sorgte. In immer schärferem Gegensatz zu Ludendorff geriet der Kronprinz dadurch, daß er alle unnötigen Offensiven verdammt. Vom Frühjahr 1916 an war er ein Anhänger des Verständigungs-friedens. Mit Kaiser Wilhelm hatte er deshalb im Februar 1917 eine lebhafte Auseinandersetzung.

Der kommunistische Rührer. Der Führer der schaffischen Spartakusleute, der Reichstagsabgeordnete Rührer, ist unter dem dringenden Verdacht der Völkerverleumdung verhaftet worden.

Die Heimkehr der Madonnenarmee.

Berlin, 14. Dezember. Von der Armee Madonnen sind bereits große Teile in der Heimat eingetroffen. Es sind dies Teile der 215. und 236. Infanteriedivision, sowie die feineren Teile der Ukraine nach Rumänien entlassenen Teile der 7. Landwehrdivision und Teile der 16. Infanteriedivision.

Bewerkstelligter Zusammenbruch der Bolschewikregierung.

Kopenhagen. In einer Mitteilung des Berliner Sonderberichterstatters der „Berliner Tageblatt“ mit Scheidemann erklärt dieser, daß die Regierung die Entlassung der Spartakusleute erwäge. Rührer sei nach seinen Worten und Handlungen zu urteilen, nicht normal. An eine Lösungsbestrebung deutscher Staaten glaubt Scheidemann nicht. Als künftige Staatsform gibt Scheidemann eine rein sozialistische Republik an. Den Zusammenbruch der Bolschewikregierung Rußlands erwartet er binnen Wochen. (Vollständige Zeitung.)

Polen gegen Deutschland.

Wien, 14. Dezember. Die polnische Regierung hat die Beziehungen zu Deutschland abgebrochen und den deutschen Gesandten aufgefordert, das Land zu verlassen.

Vor der Thronenthronung.

Die „Tägl. Rundschau“ bringt von einem Berichterstatter, der bis zum 8. Dezember in Beziehung zum Kaiser stand und über die Vorgänge unterrichtet ist, eine Darstellung der Ereignisse, die sich im Großen Hauptquartier unmittelbar vor der Thronenthronung abgespielt haben. Es heißt darin:

Nach am 8. November erklärte der Kaiser, daß er nicht daran denke, abzuhängen und daß er von jedem Offizier verlange, daß er auf seinem Posten aushalte, wie er es als oberster Kriegsherr auch tun müsse, um dadurch dem Volke zu dienen. Wenn er gehe, werde der trostlose Bolschewismus über Deutschland hereinbrechen und da bedürfe es einer starken Hand. Seine Dynastie habe dem Reich und Deutschen Großes gegeben und er habe den Eid der Treue von Volk und Soldaten für sich. Andere starke Männer hätten in dieser schweren Zeit, wie die Tagesereignisse zeigten, nicht Stand. Darum bleibe er. Er arbeite auch gern mit der neuen Regierung. Mehrere Herren, mit denen er gesprochen habe, seien ihm sehr sympathisch in der Arbeit. Die Namen wurden genannt, werden aber in dem Bericht nicht erwähnt. Am 9. November hielt Hindenburg als erster Vortrag beim Kaiser und hatte dann eine Besprechung mit 30 Stabsoffizieren der einzelnen Armeen. Jeder las schriftlich seine Auffassung über die Königstreue der Truppen nieder. Daran schloß sich eine allgemeine Besprechung. Bei seinem zweiten Vortrag am 10. November überbrachte Hindenburg das Urteil der Stabsoffiziere, das einstimmig dahin lautete: Gegen den Kaiser sind die Truppen sicher, gegen die Kammeraden wird wohl niemand kämpfen. (Inzwischen waren nämlich die Vorgänge in Kiel, Lübeck und Köln in Spaa mitgeteilt worden.) Die Truppentruppen gingen ohne Ordnung auf; es hieß, alle Rheinbrücken seien besetzt, jeder Verkehr mit der Heimat abgeschnitten. Dauernde Unterbrechungen der Gespräche fanden statt. Auf einen Anruf nach München kam die Antwort: Hier Soldatenrat München. Auffallend war die Tatsache, daß fast sämtliche zur Berichterstattung erschienenen Frontoffiziere von den Verhältnissen in der Heimat und den letzten Vorgängen im

Hauptquartier nicht wagen. Es sollte seit mehreren Tagen jede Nachricht. Inzwischen fand ein dauerndes telefonisches Drängen von Berlin aus statt.

Der Kaiser müßte abhandeln.

Immer wieder kamen Anfragen, ob er noch nicht abgedant habe. Am Anstich daran fand auf Grund von Befragungen die Formulierung der Antwort nach Berlin des Inhalts statt, der Kaiser dankte ab als Kaiser von Deutschland, nicht aber als König von Preußen. Als nun gegen 2 Uhr mittags diese Antwort nach Berlin übermittelt wurde, kam von dort die telefonische Nachricht zurück: Es ist zu spät, wir haben die Abhandlung bereits veröffentlicht. Der Kronprinz kam gegen 12 Uhr mittags in Spa an und fuhr gegen 3 Uhr wieder zu seiner Armee ab. Der Kaiser sagte ihm, als er ihn entließ: Teile den Soldaten mit, daß es nicht wahr ist, daß ich als König von Preußen abgedant habe. Ich habe als König von Preußen nicht abgedant. Später kam Hindenburg mit Wörtern und Dinge, kurze Zeit darauf auch Admiral Scheer. Es wurde dem Kaiser nahegelegt, auch als König von Preußen abzutreten. Als er darauf aus dem Vorzimmer der Villa trat, sagte er zu dem im Vorzimmer sich aufhaltenden Stabskapitän Grafen Lohm-Schlobien, dem Kommandanten der „Möwe“:

„Sie haben keinen obersten Kriegsherrn mehr.“

Dann begab er sich nach seinem Arbeitszimmer hinauf. Es geht aus diesen Worten nicht hervor, ob darin auch der Verzicht auf den preussischen Königsboden zum Ausdruck kommen sollte, oder nur der Austritt vom Oberbefehl über die Armee im Zusammenhang mit der Thronabsetzung als deutscher Kaiser. Abends kamen die Herren aus seiner allernächsten Umgebung und legten dem Kaiser den Entschluß nahe, nach Holland zu gehen. Der Kaiser wollte nicht. Am Laufe des Abends äußerte er: „Man will mich zum Glück zwingen, ich gehe aber nicht.“ Er sagte zu, zum Abendessen im Hofzug zu erscheinen. Auf der Fahrt zum Hofzuge äußerte sich der Kaiser zu seinem Adjutanten: „Ich möchte mich so leicht machen, ich kann es nicht tun, ich kann nicht fortgehen. Wenn auch nur ein neues Bataillon hier ist, dann bleibe ich in Spa.“ Und im Hofzuge traf eine Hofbesuchlerin nach der anderen ein. Vom Stabskapitän Lohm, das seit einiger Zeit zum persönlichen Schutz des Kaisers nach Spa abgeordnet war, stand fest, daß es nicht gegen eine herandrückende Kameraden kämpfen sollte. Das Landsturm-Bataillon Brenzlau, das schon bei der Einrichtung des Hauptquartiers in Spa als Jägerbataillon, Jägertruppe nach Spa abgeordnet wurde, hatte sich besonders scharf und von vornherein in demselben Sinne ausgesprochen. Die meisten Formationen des Großen Hauptquartiers schloffen sich dieser Stimmung an. Jerner kam die Abteilung „Bollschützen“ seien in Herbstzeit. Die zurückweichenden Truppenteile drängten auch auf Spa zu.

Der Kaiser wollte immer noch nicht abtreten.

Doch gab er zu, daß Vorbereitungen für eine etwaige Abreise getroffen werden dürften. Er äußerte zu seiner Umgebung: „Ich habe doch sonst immer gemerkt, was ich tun soll. Aber jetzt weiß ich mir nicht zu helfen.“ Einer seiner Stabskapitäne hatte auf Wunsch des Kaisers, seine Ansicht auszusprechen, erklärt: „Wenn ich für meine Person zu entscheiden hätte, so würde ich bleiben. Denn wenn die Truppen nicht für Majestät kämpfen, dann bilden wir eine Schutzwache aus Offizieren. Wir können alle Posten für diesen Zweck besetzen und den Sicherheitsdienst ausüben.“ Am 10. Uhr abends drängte der Vertreter des Auswärtigen Amtes, von Spa, erneut zur Abreise. „Wir sind, es könnte in Stunden schon zu spät sein.“ Man wollte den Kaiser vor persönlichen Verunglimpfungen bewahren, wie man sie nach den Berichten aus verschiedenen Städten befürchtete. Da entschloß sich der Kaiser zu dem folgenschweren Schritt mit schwerem Herzen. Man hatte für eine etwaige Abreise zunächst als Aufenthaltsort das königliche Schloss Brühl bei Köln gedacht, auch an die Kronprinzessin-Armee. Aber nach Brühl waren die Wege nicht mehr frei, der Zugang zur Kronprinzessin-Armee war nach den vorliegenden Berichten nicht mehr sicher.

Aus der Umgebung des Kaisers werden für seinen Entschluß zur Abhandlung und zur Abreise folgende Erhebungen mitgeteilt, die eingehend besprochen wurden und ausföhrlichst für die Entscheidung des Kaisers gewirkt haben: „Die Entzute betont immer wieder, mit dem Kaiser keinen Frieden schließen zu wollen. Um also dem Volk

den Frieden zu erklären.

Wie ich nach Holland. Würde ich nach Deutschland gehen, so läge die Annahme nahe, ich suchte eine neue Partei, um durch deren Hilfe einen „Putsch“ zu unternehmen.“ Ausgesprochen wurde auch von Bekannten: Von dem Augenblick an, wo der Kaiser nicht mehr oberster Kriegsherr war, hätte er auch keine Kommandogewalt mehr. Er wäre vielmehr eine reine Privatperson. Da die Armee nicht gegen herandrückende Kameraden für den Kaiser kämpfen wollte, hatte er die Empfindung, daß die Armee ihn verlassen habe, wodurch der etwaige Vorwurf, er habe die Armee verlassen, hin- und hergeführt wurde. Außerdem hätte sich der Kaiser frei von der Verpflichtung, für sein Reich politische Entscheidungen zu treffen, da die Regierung aus eigener Verantwortlichkeit seine Abhandlung veröffentlicht habe.

Am fünf Uhr morgens fand die Abreise nach La Reid, der nächsten Station in der Richtung Spa-Depinster statt. Während der Fahrt mit dem Hofzuge im Auto fuhr nach der holländischen Grenzstation Ost zu, wurde der Hofzug über Zutich geleitet. Am Sonntag fuhr der Kaiser im Hofzug auf der Grenzstation. Die Verhandlungen mit der holländischen Regierung wurden vollständig und am Montag die Durchreise gestattet.

Einer Mutter Liebe.

Roman von H. G. H. H. H.

(Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Die unermüdbare Sanftmut hat Lisa ihre Pflicht. Der Herr war von Mitleid mit Erich erfüllt und kramte sich schmerzhaft zusammen, wenn sie den einstmals so fröhlichen, selbstbewussten Mann sah wie ein Kind auf seinem Lager schlief. Unermüdblich strichen dann ihre Hände über seine Stirn, seine Schläfen. Das hatte er gern und es schien ihm Vnderung zu bereiten.

Lisa hatte sich ein privates Lager in dem Krankenzimmer aufgeschlagen lassen. Dort ruhte sie, meist nur wenige Stunden, immer bereit, auf Erichs Winken hin aufzuspringen.

Schmerzen sah sie jetzt immer nur flüchtig auf, aber dank dem Einfluß, den sie jetzt auf Erich hatte, war es ihr gelungen, verschiedene Dinge vorteilhaft zu verändern. So war an Stelle des unversöhnlichen jungen Kindermädchens wieder die alte erprobte Wärterin in ihre Rechte getreten.

Und dann kam der Tag, wo das furchtbare Wort über die Krankheit fiel, die den Organismus Erichs zerstörte. Krebs, Magenkrebs, sagten die Ärzte. Damit war alle Hoffnung vorbei, daß Erich je genesen könne.

Trotz aller Selbstberückung war Lisa entsetzt. Das hatte sie nicht erwartet. Nicht einer ihrer Gedanken galt dabei der Zukunft, der Freiheit, die ihr nun in absehbarer Zeit winkte. Es war, als sei ihre eigene Person in ihrem Denken völlig ausgeschaltet. Nur grenzenloses Erbarmen mit dem Gatten füllte ihr Herz.

Auch Christine war außer sich, aber ihr Entsetzen war anderer Art, es galt vor allem dem eigenen Schicksal. Die Angst vor der furchtbaren Krankheit stand deutlich in ihrem blassen Gesicht geschrieben. Am liebsten hätte sie am gleichen Tage mit Ead und Bad die Wohnung und damit die gefährliche Nähe des Kranken verlassen, aber die Furcht, daß Erich ihr das übernehmen und sie fähig dafür sein könnte, hielt sie an den Ort des Schreckens gezwungen. Wenigstens aber schützte sie in das abgelegene Zimmer, und wenn Lisa, die seit auf ihrem Bett ausbarte, ihr zufällig einmal im Korridor begegnete, so hielt Christine ihr mit köstlichem Wasser verschwendend gerichtetes Taschentuch trampfächtig gegen den Mund. Wäre Lisa nicht so ernst, so lächerlich würde gewesen, sie hätte lächeln mögen über die Furcht des alten Fräuleins.

Zu holt es gut, Lisa, sagte Christine dann wohl mit klagernder Stimme. Du bleibst Erich nicht, darum kannst Du ihn kalten Schmerzens leiden lassen. Ich würde vergehen vor Schmerz und Mitleid, wenn ich gewußten wäre, daß ihm zu sein, und dann die Antidote! Du hast sie nicht zu fürchten, aber ich, denn ich und Ringens taucht dieses entsetzliche Leiden häufiger auf. Meine Mutter starb daran und Erichs Vater.

Unwillig wendete Lisa der Schwärzin den Rücken.

Auch sie hatte wegen der Antidotegefahr, aber nicht für ihn, nur für das Kind, denn sie sah darum auch jetzt fast fern. Und als sie eines Tages merkte, wie Erich aus kurzem

Ein Aufruf an die deutschen Arbeiter.

Ab Berlin, 14. Dezember. Der Rat der Volksbeauftragten erläßt folgenden Aufruf an die deutschen Arbeiter: Die Erzeugnisse der sozialistischen Revolution sind in Gefahr. Die drohende Katastrophe zwingt sich täglich deutlicher ab. Vergeht nicht, wie wir sehen! Der Krieg hat uns arm gemacht, die Niederlage noch armer. Unser Boden ist verheerend und ausgezehrt, unser Vieh abgemagert, unsere Viehbestände sind heruntergekommen, die Produktionsanlagen für die Herstellung von Friedensgütern sind abgemagert, teilweise ruiniert. Die wichtigsten Rohstoffe mangeln, drückende Lebensbedingungen lähmen unsere Bewegungsfähigkeit. Ungeheuerlich sind die Lagen, die der kriegsgeleitete Staat ausbildet. Arbeiter, in Eurer, nur in Eurer Hand liegt es, das Verhängnis abzuwenden. — Ihr — müßt unsere zusammengebrochene Wirtschaft wieder aufleben lassen. — Ihr — müßt dafür sorgen, daß uns Hunger und Bürgerkrieg erspart bleiben, und das, was unweigerlich auf den Bürgerkrieg folgt: Verwüstung aller Erzeugnisse der Revolution, Eurer Revolution. Ihr müßt arbeiten! Der Sozialismus verlangt Arbeit und kann nur bestehen auf der Grundlage der Arbeit. Wer feiern muß, soll Unterstützung bekommen, aber wer feiert, obwohl er arbeiten könnte, macht sich und die anderen armer, verurteilt sich an seinem Volke und dessen sozialistischer Zukunft, hilft den Zusammenbruch bereiten, der schließlich auch ihn selbst verhängt. Arbeiter, bleibt nicht in den großen Städten zusammengepackt, wo die Industrie Euch nicht genug Arbeit schaffen kann, weil es an Rohle und anderen Betriebsstoffen fehlt und wo Ihr schließlich Hunger leiden müßt, weil Lebensmittel nicht herangebracht werden können. Geht hinaus auf Land und in die Städte der Provinz! Kräfte, die in Berlin und in anderen Großstädten drängeln, werden dort dringend gebraucht. Geht zu den Arbeitsanstellungen! Sie werden Euch sagen, wo Ihr lohnende Arbeit findet, die Euch nützt und das Volk reuen hilft. Keiner darf sich jetzt darauf verstehen, an dem Orte zu verbleiben, in den er während des Krieges gekommen ist. An der Vernunft, an der sozialistischen Disziplin jedes einzelnen hängt: Frieden, Freiheit und Zukunft unserer sozialistischen Republik. Arbeiter! Schließt Euer Revolution vor den Angriffen jeglicher Reaktion! Rettet sie auch vor dem Ruin durch Hunger und wirtschaftliche Kollaps.

Ab Berlin, 14. Dezember. Der Rat der Volksbeauftragten erläßt folgende Verordnung über die Zurückführung von Waffen und Heeresgut in den Besitz des Reiches.

Trotz aller ergangenen Aufforderung und Kontrollmaßnahmen befinden sich noch immer zahlreiche aus den Beständen der Heeresverwaltung stammende Waffen, sowie bedeutende Mengen von Heeresgut und Heeresgerät unbefugter Weise im Besitz von entlassenen Soldaten und Zivilpersonen. Diese Ausstände können nicht länger geduldet werden. Die Reichsregierung sieht sich daher gezwungen, ihnen entgegenzutreten. Wir verordnen daher mit Befehl:

§ 1. Wer sich unbefugt im Besitz von Waffen befindet, die aus den Heeresbeständen stammen, ist verpflichtet, sie innerhalb einer von den zuständigen Behörden bezeichneten Frist abzuliefern. Wer die zuständige Behörde ist, bestimmt die Landeszentralbehörde. Unbefugter Besitzer ist, wer ohne Willen der Regierung oder der ihr unterstellten Organe in den Besitz solcher Waffen gelangt ist oder erhält.

§ 2. Die gleiche Verpflichtung liegt demjenigen ob, der Heeresgut aller Art (Fahrzeuge, insbesondere Kraftfahrzeuge und Pferde) im Besitz hat, ohne sich über den rechtmäßigen Erwerb dieser Gegenstände ausweisen kann. Handelt es sich um militärische Befehlswesen, oder Ausrüstungsstücke zum persönlichen Gebrauch, so ist von dem Besitzer der Nachweis des rechtmäßigen Erwerbs zu führen.

§ 3. Wer sich nach Ablauf dieser Frist noch unbefugter Weise im Besitz von Gegenständen der in § 1 und 2 bezeichneten Art befindet, wird unbeschadet einer nach den allgemeinen Strafgesetzen wegen unbefugter Aneignung eines bereits verwirkten Strafe wegen Unterlassung der angeordneten Ablieferung mit Gefängnis bis zu 5 Jahren und mit Geldstrafe bis zu 100 000 Mark oder mehr, oder mit einer dieser Strafen bestraft.

§ 4. Der angeordnete Ablieferung innerhalb der vorgeschriebenen Frist nachkommt, bleibt für einmalige vor der Ablieferung begangene auf den abgelieferten Gegenstand bezüglichen unbefugten Aneignung straflos.

Ausführungsbefugnisse erteilen die Landeszentralbehörden.

Freiwillige Volkswehr.

Ab Berlin, 14. Dezember. Gesetz zur Bildung einer freiwilligen Volkswehr. 1. Zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit ist eine freiwillige Volkswehr zu bilden; 2. Die Volkswehr zur Aufrechterhaltung von Abteilungen dieser Volkswehr erteilt ausschließlich der Rat der Volksbeauftragten, der auch die Zahl und die Stärke der Abteilungen festlegt; 3. Die Volkswehr untersteht ausschließlich dem Rat der Volksbeauftragten; 4. Der

Schlummer in die Höhe fuhr, als Sänschen, der eben von einem Spaziergange zurückkam, draußen sprach und lachte, war ihr Entschluß gefaßt. Wieder trennte sie sich von ihrem Kinde, diesmal aber freiwillig und in dem sicheren Bewußtsein, ihm damit Gutes zu tun und es auch fern von sich mit Liebe umgeben zu wissen. Sie fandte die alte Wärterin mit dem Kleinen nach Düsseldorf in ihr Elternhaus.

Sie selbst wich und wankte nicht von ihrem Posten. Immer qualvoller wurde der Anblick des Kranken, den jetzt einzig noch Mörpplum von seinen Schwestern vorübergehend befreite. Dabei war er zum Sterben abgemagert und keine Spur mehr von dem feinen männlichen Charakter und Willen zurückgeblieben. Stilles, und dabei ungeduldig wie ein Kind war er, und Lisa mußte zwischen ihre ganzen Kräfte zusammennehmen, um ihn ruhig in seinem Bett zu halten.

Erich wollte niemandem sonst um sich sehen als seine Frau. Die Ärzte hatten vorgeschlagen, eine Pflegerin anzunehmen, um die lange Frau zu entlasten, aber dagegen wehrte er sich aus allen Kräften, und auch Lisa wollte nichts davon wissen. Den Mann mit dem stolzen, herrlichen Willen hatte sie nicht lieben können, den armen, hilflosen Kranken oder umringt sie mit fast mütterlicher Zuneigung und mildem Erbarmen.

Wenn er auch niemals ein Wort des Dankes oder der Anerkennung für sie hatte, sie wußte doch, was sie ihm jetzt war.

Schmerz und Trübsinn hatten die Tage dahin und verbrachten. Wie dieses Leben, das sich trotz aller Schmerzen und Leiden aufklärte gegen die Vernichtung. Zuweilen glaubte Lisa, den Mann nicht mehr ertragen zu können.

Herbst und Winter gingen vorüber, der Frühling kam, aber er brachte keine Hoffnung, konnte sie nicht bringen. Kaum hat Lisa den hellen Sonnenchein, der durch die Spalten der wärmenden Vorhänge drang. Sie mußte nichts mehr von der Welt da draußen; dünn und schwer lastete die Atmosphäre der Krankenstube auf ihr.

Und dann, an einem strahlenden, sonnenhellen Frühlingstage war er zu Ende, ganz plötzlich und unvorhergesehen, und Lisa, die dem Sterbenden die Augen zugeklippt, stand wie betäubt und hilflos der Freiheit gegenüber, mit der sie nichts mehr anzufangen wußte.

Sie konnte es nicht fassen, daß Erich tot war, daß dieser leblose Körper mit dem noch im Tode schmerzverzerrten Gesicht der Mann sein sollte, den sie einst geliebt, ja sogar geliebt hatte.

Ihre Trauer war tief und edel. Gerade in seiner Krankheit war sie Erich ja nähergetreten, und wenn sie sein Leben damit hätte erlösen können, sie würde ihm gern noch eine Jahre um Jahre geopfert haben. Aber Lissas Trauer war still; sie war zu müde, um laut zu jammern und zu weinen, wie Christine es tat.

Erst nachdem die Leiche aus dem Hause war, kam Christine wieder zum Vorschein: Gegen Lisa zeigte sie ein halb unter-

schoben, der sozialistische demokratische Republik durch Handlung 4. in die Volkswehr werden nur Freiwillige aufgenommen. Sie wird außerhalb des Rahmens des Heeres stehen. Verschiedene 2. Teilzahlungsbeiträge werden dem Heere zufließen. 3. Die Freiwilligen müssen ihre Führer selbst und zwar aus den 100 Freiwilligen (Hundertkassen) einen Führer und drei Zugführer. Mehrere Freiwilligen bilden eine Abteilung und wählen den Abteilungsführer und den Stab. Ihn hat ein Vertreter aus den 100 Freiwilligen beraten zur Seite; 6. Jeder Freiwillige ist im Dienste zum Gehorsam gegenüber seinen selbstgewählten Führern verpflichtet; 7. für die Annahme der Freiwilligen ist Vorbedingung a) in der Regel die Zurücklegung des 24. Lebensjahres, b) körperliche Mäßigkeit, c) längerer einwandfreier Frontdienst; 8. die Freiwilligen haben zunächst eine Probezeit von 21 Tagen zu leisten. Wird ihre Eignung festgestellt, so sind sie zunächst auf sechs Monate zu verpflichten. Die Verpflichtung kann nach Ablauf dieser Zeit von drei zu drei Monaten verlängert werden. Eine frühere Lösung des Dienstverhältnisses ist der schwerer Verletzung und den durch das selbe begründeten Schäden zulässig. Sie erfolgt durch den Abteilungsführer unter Zustimmung des Vertrauensrates; 9. die Freiwilligen sind wie die Mannschaften des Soldatenstandes zu befehlen und auszurufen, zu befehlen und unterzubringen. Wegen besonderer Verletzung und Abzügen bleibt die Bestimmung unberührt. Gebühren und Verlangungsansprüche werden nach festgesetzter. Früher erworbene Verlangungsansprüche bleiben bestehen; 10. das preussische Kriegsministerium hat mit Zustimmung des Rates der Volksbeauftragten die erforderlichen Ausführungsbestimmungen zu erlassen.

Der Rat der Volksbeauftragten: Ebert, Haase, Scheidemann, Dittmann, Landsberg, Barth.

Aus Stadt, Kreis u. Umgebung.

Bleibich, den 16. Dezember 1918.

* Nach langen Regentagen erfreuten wir uns am geliebten Sonntag wieder klarem, milden Wetters. Schon vom frühen Morgen ab ließen die Dezember-Sonne freundlich und lud zu einem Spaziergang ein. Wer ließ sich da nicht locken? So kam es, daß am Nachmittag ein Menschengewimmel in den Straßen herrschte, wie an einem herrlichen Frühlingsfesttage. Besonders stark war der Zustrom von Wiedehäuten her. Natürlich benutzte die heimgekehrten Krieger die Gelegenheit, nach langer Zeit wieder einmal mit Frau und Kindern, mit Eltern und Geschwistern sich in der herrlichen Heimatnatur, die sie so lange vermisst zu ergeben. Da gab es manch fröhliches Wiedersehen oder Bekanntheit nach den mehr als vier Kriegsjahren. Und wie hat sich manche in dieser langen Zeit verändert. Aus den Jünglingen sind Männer geworden, manchen Familienväter haben diese harten Jahre früher gealtert, manchen das Haar frühzeitig gebleicht! Unter die vielen Spaziergänger mischte sich die große Zahl der Belegschaften, die allmählich in ihrer dienstfreien Zeit in größeren oder kleineren Truppen die Straßen bevölkern. Mit Ausnahme der paar Tage, seit unsere eigenen Truppen die Befehlshaber und die neutrale Zone gerückt haben, ist es eigentlich — wohlverstandener Natur — das seit langem gewohnte Bild, nur daß für das Feldgrau des Blaugrau geteilt ist. Die fremden Truppen befinden sich noch im Altschwarz. Täglich treffen noch neue ein und verlassen andere unsere Stadt. Kraftwagen aller Größen durchdringen unabhängig die Straßen nach allen Richtungen. Die Einquartierungshäuser hat alle Hände voll zu tun, um die Leute unterzubringen. Wenn sich auch manch einer unter ihnen befindet, der Deutschland bereits von früher kennt und wohl auch unsere Muttersprache beherrscht, so spricht doch die Mehrzahl nur Französisch, und da ergibt sich bei den Verköstigungsverhältnissen manch komisches Intermezzo. Wie man beobachten kann, benehmen sich die Leute korrekt und auch der Deckart zwischen den Befehlshabern und den militärischen Befehlshabern hat sich bisher glatt gezogen. Hoffen wir, daß dies während der ganzen Dauer der Befehlshaber der Fall bleibt.

* Die Obsteute Carl Bachmann, Wiesbadener Straße 54, begibt morgen Dienstag, den 17. Dezember, das Fest der Überbrücken hochzeit.

* Das Kommando der hiesigen französischen Befehlshaber verlangt von den hiesigen Fabriken eine Erklärung, enthaltend: Namen der Firma, Art des Betriebs (Erzeugnisse), Namen der Arbeiter oder Direktoren, Anzahl der beschäftigten Beamten und Arbeiter. Die in der hiesigen „Fabrikanten-Vereinigung für Übergangswirtschaft“ angeführten Betriebe reichen diese Angaben durch Vermittlung dieser Vereinigung ein.

* Der vom Kriegsamt nach dem Stande vom 1. Januar 1918 neu bearbeiteten Zusammenstellung von Gefallen, Betamachungen und Verletzungen betr. Kriegsgeldstoffe steht der Nachtrag, Ausführungsbestimmungen und Erklärungen ist das 5. Ergänzungsbild nach dem Stande vom 1. November 1918 erschienen. Dieses Ergänzungsbild wird den Begehrten der Zusammenstellung ohne Anfordern kostenfrei nachgeschickt. Sollte die Nachlieferung nicht erfolgen, so ist daselbst bei der Stelle anzufordern, durch welche die Zusammenstellung besorgen worden ist. Neue Begehrten können die Zusammenstellung zum Preise von 1 M. (einschl. der Ergänzungsbilder) von der zuständigen Kriegsamt

müßiges, halb lauerndes Wesen. Die Ungeheuerlichkeit, in der sie der Zukunft schwebte, schien sie mehr zu bedrücken als der Tod Erichs.

Lissas Eltern kamen. Das Kind hatten sie einstweilen mit seiner Wärterin nach zu Hause bei Thea gelassen, weil Lisa es so wünschte. Die trübe, traurige Stimmung ringsum, die der Tod mit sich brachte, sollte nicht auf dem Kinde lasten.

Hanno und seiner Frau war der Verstorbenen im Grunde zu fremd gewesen, als daß sie viel um ihn getrauert hätten, dennoch trugen sie ernste, trübe Mienen zur Schau. Sobald Lisa aber zum erstenmal mit ihnen allein war, gaben sie ihrer Zuneigung Ausdruck.

Siehst Du nun, wie gut es war, daß Du zu Deinem Vetter zurückgingst? Nun bist Du trotz allem frei, alles gehört Dir, und Du bist vor der Welt eine ehrenhafte Frau, sagte der Vater befreit und die Mutter nickte. Sie strich gerade mit prüfenden Fingern über die schweren seidernen Vorhänge in dem Schlafzimmer, wo sie sich befanden. An ihrem Gesicht sah Lisa, was sie empfand, wie sie das „große Glück“ ihrer Tochter im stillen pries.

Die junge Frau erwiderte nichts. Sie hatte keine Lust zu streiten. Aber daß sie die eigenen Eltern der Meinung waren, sie sei froh über Erichs Tod, schmerzte sie tief.

Christine war nun wieder ganz in ihrem Element. Sie sorgte für die Unterbringung der Gäste und deren Verpflegung. Ganz selbstverständlich tat sie dies alles. Nur zuweilen blickte sie sich und fragte Lisa, wie sie dies oder jenes zu haben wünsche. Doch die junge Frau ließ sie einstweilen ruhig gewahren.

Hanno besonders freundliche Christine sich mit Lissas Mutter an Liebeswörter und unerschöpfend war sie gegen dieselbe auch damals gewesen, als sie gekommen war, um ihre Tochter zu pflegen, da aber hatte ihr Benehmen noch einen Stich ins Herablassende. Höflichkeit gehabt, der schließe nun, und die kleine Frau Hanno, der das vornehme alte Fräulein mächtig imponierte, war stolz und glücklich über diese Freundchaft.

Hanno selbst hatte genug zu tun, alle Formalitäten zu erfüllen, die der Tod seines Schmeigeliannes mit sich brachte; er war fast den ganzen Tag unterwegs.

Dann kamen noch ein paar entferntere Verwandte des Verstorbenen, die Lisa nicht nannte und welche die junge Frau kühl und fremd behandelte. Lisa machte sich daraus wenig. Sie kam auch bis zur Beerdigung ihres Vaters gar nicht recht zur Besinnung, und dann reißte die ihr fremden Menschen gleich wieder ab. Unter den Berliner Bekannten ihres Vaters war mancher, der Lisa warm und teilnehmend die Hand drückte.

An dem offenen Grabe weinte Lisa aufrichtige, bittere Tränen, so daß Vater und Mutter sie verwundert anblickten. Sie aber schloß auf neue, wie alles so anders zwischen ihr und Erich hätte werden können, wenn sie allein geblieben wären und sich langsam in der Stille gelebt hätten, wie in den letzten Monaten ihres Lebens. Aber das war nun vorbei.

Hand-
ruten.
pauke
in die
müßige
chrege
tungs-
Bren-
zum
linder.
in der
Müßig-
illigen
d ihre
it von
ung des
das-
en Ab-
u bei-
u der
a fort-
e des
bestim-
th.
ng.
1918.
Sonntag
als kein
ein
tag ein
n her-
n von
ger die
kinder,
ur, die
es erles
jahre.
n. Aus
denster
ar früh-
lich die
krieger
n. Mit
chungs-
dichter-
ur das
kruppen
ein und
gratien
erungs-
bringen.
ständig
da be-
d da er-
Inter-
korrekt
stärken
daß dies
rage 54,
rüber-
ng ver-
nd: Ja-
der An-
er und
ng für
sefe An-
ar 1918
madun-
dragen.
rgän-
erschle-
ammen-
le Rad-
fordern.
r. Reue
1 M.
sams-
ie de-
als der
mit feiner
wünsche.
bramte.
runde zu
dennoch
der zum
ng Aus-
Manne
r, und
ater be-
rühenden
glimmer,
mpfand,
zu strei-
aren, sie
le forgt
Ganz
sch und
daß die
utter an
auch da-
pflegen.
lassenbe-
Hanna,
toll und
erfüllen,
falt den
Berfor-
uß und
am auch
immung.
Unter
ja worin
Tränen,
er fühlte
die wer-
gam in
leidens.

Heile, mit Ausnahme von Weh, Duffelbort und den Kriegscom-
missionen, erhalten.

Wiesbaden, 13. Dezember. Stadtorordneten-Sitzung.
Nach einer von Berlin ergangenen Anweisung dürfen Kommunal-
wahlen vor dem Zusammenritt der Nationalversammlung nicht
vorgeworfen werden. — Das hiesige Theater hat seitler
eine halbe Million Zuschau aus Kron- bezw. Staatsfonds bezo-
gen. Es sind Schritte unternommen worden, um der Stadt den
Zuschuß auch für die Zukunft zu sichern. Auswärtig dafür, daß es
gelingt, sind vorhanden. — Zur Aufführung von Kostümbearbei-
ten sind gleich zu Anfang des Krieges 600.000 M. bewilligt wor-
den, deren Verwendung sich als nicht nötig ergeben hat. Jetzt soll
der Betrag zum gleichen Zwecke zur Ausfüllung des Aufstuf-
tates usw. Verwendung finden. Im Uebrigen ist der Magistrat
der Ansicht, daß bei Städten allein wohl nicht die Fürsorge in der
Überwachungsanstalt ausgenutzt werden könne, daß Staat, Kom-
munalverband und auch die Landgemeinden sich vielmehr in glei-
cher Weise dieser Fürsorge zu unterziehen hätten. — Das Arbeits-
amt, welches bisher schon bereits mit 20.000 M. städtischer Sub-
ventioniert wurde, soll, einem Antrag der bisherigen Sachver-
ständigen, von der Stadt übernommen werden. Die leibigen Kosten,
welche zum Teil anderweit gedeckt wurden, beliefen sich auf insge-
samt 47.225 M. — Bezüglich der Vergütung städtischer Arbeit-
kräfte beabsichtigt der Magistrat in der Folge, das Submissionsver-
fahren nicht mehr zur Anwendung zu bringen, sondern sich dem in
Frankfurt eingeführten Systeme der vorherigen Anhebung der ge-
wöhnlichen Organisations- und der Entlohnung angemessener
Preise anzuschließen. — Die Wohnkosten der Arbeiter- und Ge-
luden-Kreis haben, einer Antwort gemäß, die Oberbürgermeister
Gästing auf eine Anfrage ab, über 160.000 M. Kosten veran-
laßt, davon die Bürgerwehr allein 120.000 M. Es besteht Aussicht
auf Reduktion dieser Kosten. — Der Kampf zum Rückbau des Wiesbadener
Handwerks nach dem Kriege in Höhe von 1.600.000 M. ist der Stadt
zur Verwaltung übertragen worden. In der Verwaltungsrat wurde
neben der Stadtorordneten-Stadt. Kommissionsgewählt. —
Schwer wurde Klage geführt über die unannehmliche Kartellstel-
lung. Besonders der Kartellpreis Wiesbaden und der Unterbau-
kreis haben verlor. Die Wörte der Stadt reichen nur noch bis
Anfang Februar. Aber hier alle Vermögens der Stadtor-
waltung bei der Karte-Kartellstelle. Erfolg zugewiesen zu er-
halten, vernünftig gemein.

Die Entlassung des überwiegend arder Teil der In-
sassen unseres Gerichtsgerichts auf Grund des allgemeinen
Amnestiegesetzes vom 3. ds. Mts. ist in Vorbereitung. — Unter den
durch die staatliche Umwandlung aus dem Justizhaus befreiten Per-
sonen befindet sich auch ein Mann namens Wemmer, welcher
vor noch nicht gar so langer Zeit vom hiesigen Schwurgericht
wegen schwerer Schlägereien mit Jüder zu einer längeren Justiz-
hausstrafe verurteilt worden war. Zwischenzeitlich soll es dem
Mann gelungen sein, Stellung als Anwärter in Berlin beim Arbeit-
er- und Soldatenrat zu finden.

Während der Nacht vom 19. zum 20. November, als auf
dem Thorweg in Wiesbaden eine Verarmung stattfand, ist auf
Grund einer gemeinsamen Aussprache zwischen 2 Arbeitern der-
ein in einen Fabrikraum eingebrungen, hat einen Treibriemen
entwendet und ihn mit dem Bader Georg B. geteilt, um sich mit
dem Feder die Schuhe reparieren lassen zu können. B. wurde zu
einer Gefängnisstrafe von 4 Monaten von der Strafkammer verur-
teilt, die Aufhebung von 3 Wochen Unterhülfung.

Raffaellisches Landestheater. Auf Befehl des
Kommandanten der Besatzungstruppen haben die Vorstellungen im
Theater einstellen zu unterbleiben. — Reliöng-Theater.
Auf Befehl des Kommandanten der Besatzungstruppen finden keine
Vorstellungen mehr statt. — Die Kongresse im Kurhaus und am
Rochbrunnen fallen bis auf weiteres aus.

Häufig. Die französischen Besatzungstruppen sind Samstag
mittag in die Stadt eingezogen und haben damit den Strand des
Brückentopfes Mainz erreicht. Die Truppen führten sofort die
französische Zeit ein.

Frankfurt. Die Primadonna der Frankfurter Oper,
Beatrice Bauer-Kottler, ist durch die Generalintendant der Ver-
einigten Stadttheater durch neuen Vertrag bis zum Herbst 1924 ver-
pflichtet worden.

Der Frankfurter Bazarstiftung ist auf dem Bahnhof Riedel-
stadt i. O. wo er seit längerer Zeit stand, von dortigen Einwohnern
ausständig ausgeliefert worden. Spiegel, Betten, Leinen, Ch-
waren, Tische, Schränke, Stühle, Sofas, kurz alles, was nicht klei-
und nagelst war, ist aus den Bäumen verschunden. Der Schaden
ist bedeutend.

Bad Ems, 15. Dezember. Ein Teil des amerikanischen Haupt-
quartiers wird aller Voraussicht nach, wie in der Stadtorordneten-
sitzung mitgeteilt wurde, nach hier verlegt, und zwar 200 Offiziere,
50 Büros, 75 Kraftwagen und bis 1100 Mann. Die Leute erhalten
in Gasthäusern Unterkunft. Der Plan, in Ems Bazarstiftung zu er-
richten, wurde aufgegeben.

Brückentopf Mainz.
Am Samstag ist nunmehr der Brückentopf Mainz in seiner
ganzen Ausdehnung von französischen Truppen besetzt worden.

Christine war nicht mit zum Begräbnis gewesen. Sie erwartete
die Heimkehrenden und ließ sich von Frau Hanno erzählen, wie es
gewesen war. Dabei weinte sie leise, ließ dann aber wieder geläch-
tig zur Teemahlzeit und füllte die Tassen.

Lisa sah still an dem Fenster des kleinen Salons, wo Frau
Hanno und Christine jetzt nebeneinander auf dem Sofa Platz nah-
men, während Hanno auf- und niederging. Vollkommene Einig-
keit schien die vier Personen zu umfassen. Lissas Gedanken aber
waren weit fort, die flatterten umher, sie wußte selbst kaum, wohin.
Nur zwischen fanden sie einen Anknüpfungspunkt bei ihrem Kinder. Wenn
sie nur händchen erst wieder hätte! Gleich, wenn die Eltern nach
Hause kamen, mußten sie ihn haben. Lisa hätte den kleinen gern
selbst abgeholt, aber sie scheute sich, Lissas Mutter zu begegnen.
Rolf selbst war schon längst wieder unterwegs und würde erst in
Romanen zurückkehren. Das hatte die Mutter Lisa erzählt und su-
gleich darüber geplatzt, daß Rolf sich noch immer nicht erkläre
habe, dabei sei es doch sicher, daß Lisa ihm gefalle. Nun aber
würde Lisa nicht länger auf ihn warten, da sich ein junger Kauf-
mann aus der Stadt für sie interessiere.

Lisa hatte zu alledem nur genickt. Zu ihrem eigenen Erstaunen
berührten diese Nachrichten sie kaum. Die letzten schweren Monate
hatten alle Erinnerung in ihr ausgelöscht. Sie vermochte ruhig an
Rolf zu denken, als sei er ihr ein völlig Fremder.

An diesem Abend, als Lissas Eltern sich bereits zur Ruhe be-
geben hatten, kam plötzlich Christine zu der jungen Frau ins Zim-
mer. Sie stellte ein paar gleichgültige Fragen und rauperte sich
dann verlegen. Dann sagte sie plötzlich: Du, Lisa, hast Du denn
ichon einmal in Ems Schreibstisch nachgesehen? Es muß doch ein
Testament da sein, ich weiß bestimmt, daß Erich es gemacht hat.

Lisa mußte sich erst beeilen, ob sie antworten konnte. Sie
sah Christine Augen ängstlich und begehrtig funteln und begriff.

Ich weiß nichts davon, aber es wird sich ja zeigen, erwiderte
sie kühl.

Widerstrebend und unzufrieden mit der Antwort, ging Christine
hinaus.

Am anderen Tage aber zeigte es sich wirklich. Da kam der
Justizrat Bertens, Erichs Rechtsbeistand und brachte das Testament,
welches Erich bei ihm deponiert hatte mit der Bestimmung, daß
josephine am Tage nach seiner Beerdigung eröffnet werden solle.
Der Justizrat war auch zugleich zum Testamentvollstrecker ern-
annt.

Christines Augen leuchteten bei dieser Nachricht triumphierend
auf. Hanno aber sah seine Tochter unruhig an.

Was find denn das für Dummeheiten! räumte er ihr zu. Erich
hatte Frau und Kind. Da ist es doch selbstverständlich, daß ihr die
Erben seid.

Lisa grüßte die Ähneln. In ihr war nichts von Sorge und Un-
ruhe. Sie war nicht habgierig und hatte wohl auch nicht das rechte
Verständnis für den Wert des Geldes.

(Fortsetzung folgt.)

Wanda Ott, namentlich jene an der äußeren Peripherie, erhal-
ten vorerst nur Quartiermacher, die anderen dagegen bereits ihre
volle Besatzungstärke, die je nach der Bedeutung des Gemein-
weins außerordentlich schwankt. So wurden einquartiert in
Hochst a. M. 65 Offiziere und 1800 Mann, in Königstein 1 Oberst,
2 Major, 15 Hauptleute, 32 Leutnants, 1800 Mann und 250
Pferde, in Groß-Gerau 1500 Mann. Für den Kreis Höchst sind
insgesamt 5000 Mann Besatzungstruppen in Aussicht genommen.
Unmittelbar nach Ankunft der Franzosen wurde in den einzelnen
Orten die weltwirtschaftliche Lage untersucht. Der Markt wurde in
den meisten Orten auf 70 Centis festgelegt. Rohstoffe und Voll-
stoffe stehen unter französischer Aufsicht. In Königstein 3. B.
müssen die Briefe mit französischen Marken frankiert werden. Die
Ausrüstung der Besatzungstruppen, unter denen sich viele ältere
Reute befinden, ist sehr gut. In den Geschäften und Wirtschaften
entwickelte sich Samstag bereits ein lebendiges Treiben. Der be-
gehrteste Artikel waren — Wäschestücken, die zu Tausenden in die
französische Heimat gelangt wurden. Die Bevölkerung folgte den
Einquartierungsstellen allerorten mit begehrtlicher Spannung, ver-
lieh sich aber dank der vielfach ihr gewordenen Aufklärung bis jetzt
durchaus mäßig und der Lage angemessen kühl und zurück-
haltend.

Vermischtes.
Am Freitag nachmittag ist die Schifffahrt auf dem Rheine
freigegeben worden. Die meistenhaft vor Anker liegenden Kohlen-
schiffe können sich jetzt wieder zur Weiterfahrt auf Berg in Be-
wegung setzen. Für anliegende Schiffe und Rähne sind Ausweis-
papiere für die Mannschaften vorgelegt.

Ab Dresden, 15. Dezember. Bei den kommunistischen
Ausscheidungen, die sich heute nacht gegen das Konzert-
haus in der Reithausstraße richteten, wo nach Lebensmitteln ge-
sucht werden sollte, kam es zu einem Zusammenstoß mit dem Mil-
tär, bei dem ein Soldat und ein Zivilist getötet wurden. Der Sol-
dat wurde von einer Frau erschossen, die die Schutzwehr aus ihrem
Wohnst. Außerdem wurden sechs Soldaten und drei Zivilisten
verwundet. Vierzehn Personen wurden als Raubdiebstahl verur-
teilt. Die übrige Menge wurde von den Soldaten zerstreut.

Neueste Nachrichten.
Berlin, 16. Dezember.
Der „Vorwärts“ schreibt: Soweit ein Ueberblick möglich ist,
haben auf dem Rätekongress die Sozialdemokraten zu denen wir
auch gern den rechten Flügel der Unabhängigen zählen möchten,
weislich die Mehrheit. Mächte der Kongress der deutschen Revolution
im Zeichen aufstehender Arbeit stehen. — Die Delegierten des Kon-
gresses, die auf dem Boden der alten sozialdemokratischen Partei
stehen, verjammeln sich heute (16. 12.) zu einer Fraktionsführung
im Reichstag des Abgeordnetenhauses.

Die Deutsche demokratische Partei trat gestern mit acht großen
öffentlichen Demonstrationen in den Wahlkampf ein. Es gelang
eine Resolution zur einstimmigen Annahme, in der es heißt: Wir
sind bereit, die jetzige Regierung in ihrem Bestreben zu unterstützen,
Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten, wir protestieren aber da-
gegen, daß die Einberufung der Nationalversammlung verzögert
wird und daß man Bestrebungen duldet, die die Reichseinheit ge-
fährden.

Drei große Kundgebungen veranstaltete gestern die sozialdemo-
kratische Partei in Berlin. In der ersten sprach Schiebemann, in der
zweiten Erbert, in der dritten Landsberg über die Ziele und Auf-
gaben der Revolution.

Ab Bern, 15. Dezember. Ueber den Empfang Wilsons ver-
öffentlicht die Pariser Presse spärliche Artikel und betont über-
einstimmend, daß noch nie einem Staatsoberhaupt in Paris ein
solcher Jubel entgegengehallt sei.

Ab Bern, 15. Dezember. Die ganze Pariser Presse feiert die
Ankunft Wilsons in der französischen Hauptstadt. Man spricht von
ihm als dem Mann, der Europa den gerechten Frieden bringe und
ermöhnt allgemein seine 14 Forderungen.

Ab Paris, 15. Dezember. Nach einer Meldung des „Echo de
Paris“ werden die französischen Vertreter auf der Friedenskonferenz
Clemenceau, Sod, Pichon, Bourgeois und wahrscheinlich Tardieu sein.

Nachrichten Landesheute.
Königs, 16. Dezember, 5 Uhr. Bei aufgeh. Abonnement! Der
Sturmweiser.
Dienstag, 17. Dezember. Ab. 2. Schabtrage.

Befanntmachung.
Die in der Tagespost veröffentlichte Anordnung
betreffend Ausstellung von Ausweisen wird nach neuerer
Weisung des derzeitigen Besatzungs-Kommandos wie folgt
geändert:
Alle diejenigen Einwohner, die eines besonderen Aus-
weises bedürfen, sei es zum Verkehr nach den Nachbarorten, sei
es zu beschützten Reisen, sei es zum Ausgehen während der
Nachtzeit, haben sich auf dem Rathaus Zimmer Nr. 20 zu mel-
den und in eine Liste einzutragen zu lassen unter Angabe des Zweckes,
den sie mit dem Ausweis beabsichtigen. Die Angaben sind glaub-
haft zu machen. Auf Grund dieser Aufzeichnung werden die Aus-
weise dann nach und nach von der Besatzung ausgestellt und von
hier ausgereicht. Bis eine einheitliche Regelung des Ausweises
für den Festungsbezirk Mainz getroffen sein wird, soll ein
Jeder irgend einen begründeten Ausweis bei sich tragen, gleichviel
wie derselbe lautet.

Zugleich wird bekannt gemacht, daß von heute Mitternacht ab
die französische Zeit eingeführt wird. Die Uhren sind also
eine Stunde zurückzustellen. Es ergeht demgemäß die Nach-
richt, während der niemand auf der Straße sein darf, von
8 Uhr abends bis 6 Uhr früh.

Telegramme, und zwar nur solche für das Besatzungsge-
biet, sind nur zur Befriedigung vorzulegen und lobann dem Kom-
mandanten der Besatzung zur Befriedigung zu übergeben. Alle
anderen Telegramme sind unzulässig.

Der Briefwechsel im Innern des Besatzungsgebietes ist
zugelassen mit Genehmigung des Kommandanten der Besatzung.
Die Briefe sind unerschlossen aufzuliefern. Der Briefwechsel nach
außerhalb der Besatzungszone im besetzten Gebiet ist auf dem gewöhn-
lichen Eisenbahnwege verboten und kann nur über das neutrale
Ausland erfolgen.

Wiesbaden, den 14. Dezember 1918.
Der Oberbürgermeister: Vogt.

Die Herren Stadtorordneten werden zu der am Donnerstag,
den 19. ds. Mts., nachmittags 3 Uhr, im Rathaus stattfindenden
gemeinsamen Sitzung und 3½ Uhr im hierauf folgenden
Stadtorordneten-Berammlung ergebenst eingeladen.

Tagesordnung:
Teuerungszulage pp.
Der Magistrat wird zu dieser Sitzung ergebenst eingeladen.
Wiesbaden a. Rh., den 14. Dezember 1918.
Der Vorsitzende der Stadtorordneten-Berammlung:
Dr. W. B. Kalle.

Befanntmachung.
Die Liste der Handwerker, die sich an der Abkündigung über
die Errichtung einer Zwangsordnung für das Freizeithandwerk im
Bezirke der Gemeinden des Landkreises Wiesbaden, des Rheingau-
und Untermainkreises beteiligt haben, liegt in der Zeit vom 19.
Dezember 1918 bis 5. Januar 1919 im Zimmer 6 des Landrats-
amtes Wiesbaden, Kellergasse 16, zur Erhebung etwaiger Ein-
sprüche der Beteiligten öffentlich aus.

Nach Ablauf dieser Frist angebrachte Einsprüche bleiben un-
berücksichtigt.
Wiesbaden, den 7. Dezember 1918.
Der Landrat,

Wird veröffentlicht.
Wiesbaden a. Rh., 13. Dezember 1918.
Der Magistrat. J. B. Tropp.

Aus Anstehen von Litten u. dera, werden einige ihrer
gewandte heillose Kaufleute im Rathaus gelocht. Beschlungen
werden im Zimmer Nr. 25 entgegengenommen.
Wiesbaden, 15. Dezember 1918. Der Magistrat. Vogt.

Betr. Besatzung. Besatzungstruppen mit unter. Besatzungstruppen mit
mittel-Besatzungstruppen unter Besatzung der 12. Division. Der
Preis ist in Plu. das Stüb. Die Besatzungstruppen können die Besatzung
am Dienstag nachmittags 2 1/2 Uhr in unteren Tagen. Anwesen-
strage 2 in Empfang nehmen und den Verkauf nächsten Tages be-
wirken.
Wiesbaden, 16. Dezember 1918.
Der Magistrat. J. B. Tropp.

Diejenigen Inhabern von Kaufleuten, welche die Benutzung
des Telefons für ihre Geschäfte unbedingt nötig haben, können dieselbe
erhalten durch besondere Erlaubnis der französischen Besatzung.
Wer also eine solche Erlaubnis wünscht, wolle ein Gesuch sofort an
den Rathaus einreichen und zwar unter genauer Angabe der Telefon-
nummer und der Begründung des Gesuchs.
Wiesbaden, 16. Dezember 1918. Der Oberbürgermeister. Vogt.

Betr. Einstellung nach der französischen Uhr. Obwohl die
französische Uhren nach der französischen Zeit eingestellt sind, muß
doch namentlich im Interesse des Lichtverkehrs die alte Zeitstellung
im öffentlichen Verkehr wie bisher beibehalten werden. Die Büros
der städtischen Verwaltung und ebenso die Schulen können also ihre
Tätigkeit lediglich eine Stunde früher als die amtliche Uhr anzeigen.

Betr. Angabe der Adressen der Kriegsteilnehmer. Wir bekräftigen
die Adresse aller, die im Kriege teilgenommen haben. Diejenigen,
die seit dem Waffenstillstand hierher zurückgekehrt sind, erhalten aus
der Anmeldung, die zur Zeit stattfindet. Es werden deshalb
nur noch diejenigen, die vor diesem Zeitpunkt bereits aus dem Heere
ausgetreten waren, um sofortige Angabe ihrer Adresse dem Heere
einsenden. Wir die Angehörigen um die Adresse der noch im
Heere außerhalb der besetzten Zone oder in der Besatzungszone befind-
lichen Söhne der Stadt.
Wiesbaden, 16. Dezember 1918. Der Magistrat. Vogt.

Erwerbslosenunterstützungs-Ordnung
für die Zeit der Übergangswirtschaft in Wiesbaden.
Auf Grund der Reichsverordnung vom 13. November 1918
über Erwerbslosenunterstützung wird für den Bezirk der Stadt Wiesbaden
nach Zustimmung der Stadtorordneten-Berammlung vom
12. Dezember 1918 folgende Erwerbslosenunterstützungs-Ordnung
erlassen:

1. Voraussetzungen der Unterstützung.
§ 1.
Erwerbslosenunterstützung wird solchen Personen gewährt, die
1. über 14 Jahre alt sind,
2. arbeitsfähig und arbeitswillig sind und sich infolge des
Krieges durch Erwerbslosigkeit in bedürftiger Lage be-
finden. Eine bedürftige Lage ist nur anzunehmen, wenn
die Einnahmen des zu Unterstützten einschließlich der
Einnahmen der in seinem Haushalt lebenden Familien-
angehörigen infolge gänzlicher oder teilweiser Erwerbs-
losigkeit derart zurückgegangen sind, daß er nicht mehr
instande ist, damit den notwendigen Lebensunterhalt zu
bestreiten.

§ 2.
3. in Wiesbaden wohnen,
4. mindestens eine Woche arbeitslos sind.
Die Erwerbslosenunterstützung hat nicht den Charakter der
Armenpflege.

§ 3.
Für Kriegsteilnehmer gilt abweichend von den Bestimmungen
des § 1 Ziffer 3 und 4 folgendes:
1. Erwerbslosenunterstützung wird den Kriegsteilnehmern gewährt,
wenn sie vor ihrer Einziehung zum Heere in Wiesbaden gewohnt
haben. Kriegsteilnehmer, die vor der Einziehung zum Heere
nicht in Wiesbaden gewohnt haben, sind aber nach der Demobili-
sierung dort aufhalten, erhalten nur vorläufige Unter-
stützung, die vorläufige für Rechnung der Gemeinde ihres
früheren Wohnorts gewährt wird.

2. Die Bestimmung des § 1 Nr. 4 über die Wartezeit gilt nicht
für Kriegsteilnehmer.

**Verweisung für die Erwerbslosenunterstützung des Kriegsteil-
nehmers in der Nachweis seiner ordnungsmäßigen Entlassung.**
§ 4.
Weibliche Personen sind nur zu unterstützen, wenn sie auf Er-
werbslosigkeit angewiesen sind.
Hierzu gehören insbesondere solche Personen, die völlig arbeits-
los sind, Haushaltswirtschaftliche oder dauernde Erwerbsverhältnisse
von Mann, Eltern, Geschwistern oder Verwandten oder schon vor
Ausbruch des Krieges voll erwerbsfähig waren, soweit sie in Wiesbaden
seit mindestens 20 Wochen wohnen und nicht lediglich wegen tragan-
wirtschaftlicher Notlage nach Wiesbaden gezogen sind.
Personen, deren frühere Erwerbsverhältnisse zurückzuführen
erhalten keine Erwerbslosenunterstützung.

§ 5.
Ausgeschlossen von der Unterstützung sind Empfänger laufender
Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln.

§ 6.
Kleinerer Belfig (Spargeld, Wohnungseinnahme) sind für
die Beurteilung der Bedürftigkeit nicht in Betracht zu ziehen.

11. Uebernahme von Arbeit.
§ 7.
Der Empfänger der Unterstützung ist verpflichtet, nach Maßgabe
der vom Magistrat festzusetzenden Bestimmungen den von der Ge-
meinde anerkannten und qualifizierten Arbeitsnachweis aufzusuchen
und jede ihm nach Möglichkeit geeignete Arbeit auch außerhalb seiner
Heim- und Wohnorte, namentlich in der früheren Besatzungs-
zone und dem vor dem Kriege bewohnten Ort sowie in entfernter
Zeitszeit, anzunehmen, sofern für die nachweisbare Arbeit ange-
messener arbeitsfähiger Lohn geboten wird, die nachweisbare Arbeit
die Gesundheit nicht schädigt, die Unterbringung familiär bedenklich
ist und bei Verheirateten die Verpflegung der Familie nicht unmaß-
sig wird.

Freie Fahrt (Wahrfahrt) zur Reise in den Beschäftigungs-
ort ist aus Mitteln der Erwerbslosenunterstützung zu bewilligen.

§ 8.
Personen, die während des Krieges zur Aufnahme von Arbeit
in einen anderen Ort gezogen sind, sollen möglichst in den frü-
heren Wohnort zurückkehren. Um ihnen die Rückkehr in den frü-
heren Wohnort zu erleichtern, ist unentgeltlich für sie die Arbeitsver-
mittlung (§ 6) in die Wege zu setzen. Diesen Personen ist, auch ohne
daß ihnen bereits Arbeit an ihrem letzten Wohn- oder Beschäfti-
gungsort nachgewiesen ist, freie Fahrt (Frei-fahrt) zur Reise dahin
aus Mitteln der Erwerbslosenunterstützung zu bewilligen; nach § 5
der Verordnung vom 13. November 1918 ist die Gemeinde des frü-
heren Wohnorts nach Rückkehr der Person zu ihrer Unterbringung
verpflichtet.

111. Art und Höhe der Unterstützung.
§ 9.
Die nach den Vorschriften der §§ 1-5 zu gewählende Unter-
stützungsbetrag beträgt bei gänzlicher Erwerbslosigkeit für jeden
Erwerbslosen Wohnung für
a) den Mann 2 M.,
b) die Ehefrau oder erwerbsunfähige Kinder über 14 Jahre
1,50 M.,
c) jedes Kind unter 14 Jahren bis einschli. 5 Kinder 1 M.,
d) Miete, Heizung, täglich 1 M.,
Dom 6. Kind ab ermäßigt sich die tägliche Unterstützung für
jedes weitere Kind auf 60 %.

Bei Berechnung obiger Sätze ist es gleichgültig, ob der Erwerbs-
lose als Haushaltsvorstand der Ehefrau, Sohn oder der Frau
ist.
